

Erklärung des Europäischen Attac-Netzwerks anlässlich des Treffens der Europäischen Regierungschefs am 19. Juni 2020 zum EU-Wiederaufbauplan

Der Wiederaufbauplan der EU ist keine angemessene Antwort auf die gegenwärtige Krise

Am 27. Mai legte die EU-Kommission einen Plan zur Erholung nach der Corona-Krise vor. Er enthält einen Vorschlag für die "nächste EU-Generation" in Höhe von 750 Milliarden Euro und Änderungen des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) für 2021 bis 2027 sowie einige Änderungen des aktuellen MFR, um bereits 2020 zusätzliche 11,5 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Der EU-Wiederaufbaufonds wird, wie von der Europäischen Kommission vorgeschlagen, 560 Milliarden Euro für die Mitgliedstaaten zur Verfügung stellen, 310 Milliarden Euro in Form von Zuschüssen und 250 Milliarden Euro in Form von Krediten. Die endgültige Entscheidung über diesen Plan ist Sache des Europäischen Rates, also der nationalen Regierungen der Mitgliedstaaten der EU, der am 19. Juni 2020 tagt.

Der Sanierungsplan besteht aus drei Säulen. Die erste ist die Finanzierung des Wiederaufschwungs durch eine Fazilität für Wiederaufbau und Widerstandsfähigkeit (die die Zuschüsse und Darlehen an die Mitgliedstaaten bereitstellt) und das REACT-EU-Programm, das die zusätzliche Mittel für die laufenden Programme für Kohäsion und ländliche Entwicklung (55 Milliarden Euro) und für den Mechanismus für einen gerechten Übergang (auf 40 Milliarden Euro erweitert) bereitstellt.

Diese Mittel unterliegen jedoch dem Europäischen Semester. Das ist ein undemokratischer Prozess, der auf neoliberale Reformen in den Mitgliedstaaten und eine nationale Haushaltskontrolle drängt. In der Vergangenheit wurden die Mitgliedsstaaten in den länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters 63-mal aufgefordert, das Gesundheitssystem zu kürzen oder zu privatisieren. Kürzungen bei Renten und Pflege wurden 105-mal und Lohnkürzungen 50-mal gefordert. In 38 Fällen empfahl die Kommission, den Kündigungsschutz aufzuweichen oder die Gewerkschaften zu schwächen (Quelle: <https://emmaclancy.com/2020/03/21/austerity-kills-commission-demanded-cuts-to-public-healthcare-spending-63-times-from-2011-2018/>).

Die zweite Säule stellt Mittel für Unternehmen bereit, die mit Hilfe des Solvenzunterstützungsinstruments, der Strategischen Investitionsfazilität und einer Aufstockung der Mittel für das InvestEU-Programm (insgesamt 61,3 Milliarden Euro) private Investitionen fördern sollen.

Die dritte Säule umfasst ein neues Gesundheitsprogramm (9,4 Milliarden Euro), ein Katastrophenschutzverfahren (rescEU, 3,1 Milliarden Euro) und eine Aufstockung der Mittel für andere Programme wie etwa Forschung, Innovation und externe Maßnahmen.

Für Attac, ein Netzwerk, das der derzeitigen Globalisierung kritisch gegenübersteht, stellt der Plan keine angemessene Antwort auf die aktuelle Krise dar.

Das Europäische Attac-Netzwerk erkennt an, dass der Sanierungsplan ein bemerkenswerter Wandel in der europäischen Politik und offensichtlich ein Schritt in Richtung europäische Solidarität ist. Es ist jedoch auch als ein Schritt zur Rettung der EU als neoliberales Projekt gedacht.

Es ist nach wie vor klar, dass die Voraussetzungen nicht gegeben sind, um sicherzustellen, dass diese koordinierte Reaktion dem öffentlichen Interesse und dem von uns verfolgten Projekt einer gerechteren und gleichberechtigteren Gesellschaft, frei von Neoliberalismus, Produktivismus und Kapitalismus, dient.

Das Konjunkturprogramm ist die zweite Ausnahmeregelung der EU-Institutionen und Regierungen seit Ausbruch der Gesundheits- und der darauf folgenden Wirtschaftskrise. Am 23. April hatte der Europäische Rat bereits grünes Licht für eine vorübergehende Aussetzung des Dogmas der Obergrenze von drei Prozent der Haushaltsdefizite gegeben.

In vielerlei Hinsicht fühlt sich die gegenwärtige Situation wie eine neue Version der außergewöhnlichen Maßnahmen an, die nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 ergriffen worden waren. Wenn es darum geht sicherzustellen, dass die gesamte Wirtschaft nicht zusammenbricht, scheint die Staatsverschuldung viel weniger ein Thema zu sein. Die Tatsache, dass Mittel, die im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) für die Gesundheitsbudgets bereitgestellt werden, nicht mehr strengen Sparmaßnahmen unterliegen, um sie zurückzahlen, muss als ein weiterer nicht zu vernachlässigender Ausnahmeschritt angesehen werden.

Für das Europäische Attac-Netzwerk ist das Schlüsselwort hier jedoch "Ausnahme". Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Maßnahmen, das verstehen selbst die neoliberalen Entscheidungsträger. Wir werden uns nicht mit einer Ankündigung über eine Erhöhung des EU-Haushalts zufrieden geben. Die EU-Verträge bleiben ein Instrument zur Umsetzung neoliberaler und produktivistischer Politik.

Die demokratische Kontrolle über die Verwendung dieses Haushalts ist nicht gewährleistet. Seit sehr langer Zeit fordert unser Netzwerk eine gründliche Überarbeitung der EU-Grundlagen, die Solidarität, Gleichheit und Emanzipation an die Stelle von Wettbewerb, freiem Markt und Freihandel setzen.

Darüber hinaus haben wir immer wieder gefordert, dass die Finanzierung der EU-Mitgliedstaaten durch die Europäische Zentralbank (EZB) zu einem Null-Zinssatz erfolgt und dass, wenn es die Situation erfordert, die so entstandenen Schulden nicht zurückgezahlt werden. Die Staatskassen der Mitgliedstaaten haben eine solche Politik dringend nötig, seit sie die Möglichkeit verloren haben, ihre eigene Geldpolitik von ihren Zentralbanken aus zu steuern, indem sie sie an die EZB delegierten.

Wir können deshalb die Entscheidung, weiterhin Schulden auf den Finanzmärkten aufzunehmen, nicht begrüßen. Sie kann nur bedeuten, dass langfristig von den Mitgliedstaaten die gleichen Reformen in Bezug auf den Arbeitsmarkt, die Kürzung der Sozialausgaben und die Ausweitung der Wettbewerbslogik auf immer mehr Sektoren gefordert werden. All dies im Namen einer Reduzierung der öffentlichen Ausgaben, um die Schulden an dieselben Banken zurückzahlen, die derzeit von der quantitativen Lockerung der EZB profitieren.

Das Europäische Attac-Netzwerk betont erneut, dass öffentliche Ausgaben auf europäischer Ebene durch eine gerechte europäische Besteuerung von Einnahmen und Vermögen bezahlt werden müssen. Angesichts der Tiefe der gegenwärtigen Krise und der dringenden Notwendigkeit eines Übergangs zu einer sozialeren und ökologischeren Wirtschaft in Europa schlagen wir zusätzlich eine einmalige Vermögensabgabe auf europäischer Ebene vor, um eine Startfinanzierung im

Vorfeld zu ermöglichen (<https://www.attac.at/kampagnen/die-corona-krise-solidarisch-bewaeltigen/corona-krise-jetzt-beitrag-der-reichsten-fordern>).

Die vorherrschende Logik des neoliberalen Kapitalismus muss durch ein System ersetzt werden, das soziale und nachhaltige Lebensbedingungen für alle in einer lebensfähigen Umwelt gewährleistet. Anstatt Handels- und Investitionsliberalisierungsabkommen nacheinander auszuhandeln und zu unterzeichnen (Mexiko, Neuseeland, Australien usw.), geht es vielmehr darum, eine ökologische und soziale Standortverlagerungspolitik mit einer starken internationalen Solidaritätsdimension zu organisieren. Dies sollte auch die Logik des Wettbewerbs zwischen den Ländern auf der Grundlage der Senkung der Arbeitskosten umkehren und ökologische Ziele wie die Verringerung des ökologischen Fußabdrucks des europäischen Lebensmodells fördern. Insgesamt ist ein sozial-ökologischer Übergang auf europäischer Ebene erforderlich.

Deshalb fordert das Europäische Attac-Netzwerk, dass die folgenden Schritte unternommen werden:

- Sicherstellen, dass alle Gelder unter demokratischer Entscheidungsfindung und Kontrolle stehen - wir fordern daher eine echte Wirtschaftsdemokratie; keine Konditionalität der Unterstützung im Rahmen des Europäischen Semesters.
- Die Mittel müssen investiert werden, um den öffentlichen Sektor und die Daseinsvorsorge zu stärken und den sozial-ökologischen Wandel zu unterstützen und keine umweltverschmutzende, sozialabbauende, steuerhinterziehende Unternehmen
- Ein Systemwandel hin zu Klimagerechtigkeit, sozialer Sicherheit, Pflege und Demokratie!
- Angemessene Besteuerung von großen Privatvermögen und Spekulationskapital auf den Finanzmärkten, um
 - die Kosten der Krise und
 - einen sozialen und ökologischen Übergang der Volkswirtschaften auf demokratische Weise zu finanzieren
- Wirtschaftlich und soziale Rechte müssen für alle garantiert werden
 - Demokratische Entscheidungen müssen auf den wirtschaftlichen Bereich ausgedehnt werden, einschließlich Produktion und Investitionen.
 - Die Menschen sollen entscheiden können, wie sie leben wollen und was und wie sie produzieren wollen.
- Ein starkes EU-Investitionsprogramm im öffentlichen Gesundheitssektor und in der Pflege. Befreiung des Gesundheitssektors von privatwirtschaftlichen Interessen und Logik
- Kürzung der EU-Mittel für "Sicherheit und Verteidigung", um mehr Mittel für die notwendigen Investitionen in den sozial-ökologischen Übergang freizusetzen und verschieben der Prioritäten auf Abrüstung und internationale Zusammenarbeit statt auf Sanktionen und militärische Drohungen und Interventionen

- Schuldenerlass für den globalen Süden und Direkthilfe einschließlich der Patente für Impfstoffe mit entsprechendem Technologietransfer, so dass die Länder des globalen Südens in der Lage sind, die Vakzine nach ihrem eigenen Bedarf herzustellen.
- Keine EU-Rettungsfonds für Unternehmen, die derzeit in staatliche Rechtsstreitigkeiten der ISDS verwickelt sind, mit Rückzahlungsklauseln für diejenigen, die Mittel erhalten, aber innerhalb von zehn Jahren einen Rechtsstreit führen.
- Stopp der Spirale der Liberalisierung von Handel und Investitionen auf Initiative der Kommission und Umgehung der nach WTO-Regeln und bilateralen Verträgen zulässigen Sanktionen, um eine soziale und ökologische Verlagerungspolitik umzusetzen.